

## **Auszug aus der Niederschrift über die 09. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Vergabe am 15.07.2025**

### **Zu TOP: 3.1**

#### **Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2025 der Hansestadt Stralsund- Ergänzungsbeschluss zu Band I Kernhaushalt**

**Vorlage: B 0024/2025**

Herr Kellotat stellt die Beschlussvorlage vor. Aufgrund unvorhergesehener Veränderungen der wirtschaftlichen Situation und der Möglichkeit, städtische Grundstücke zu entwickeln, ist die Ergänzung des beschlossenen Haushaltsplanes 2025 notwendig. Er stellt einige Punkte der insgesamt 10 Änderungen vor. Der Kämmerer rechnet mit einer Haushaltsgenehmigung Mitte August 2025.

Er merkt an, dass die Alternative die Aufstellung eines Nachtragshaushaltes wäre. Dies würde jedoch einen deutlichen Mehraufwand für die Verwaltung bedeuten.

Herr Lindner möchte Erläuterungen zu Punkt 1 erhalten. Herr Dr. Raith führt aus, dass bei der Erstellung des Haushaltsplanes die Kosten der Maßnahme nicht exakt abzuschätzen waren. Er verdeutlicht, dass keine Kürzung, sondern eine Präzisierung erfolgte. Die Maßnahme ist ausfinanziert.

Auf Nachfrage von Herrn Pieper teilt Herr Kellotat mit, dass eine Schätzung der Kosten der Kitabetreuung (Punkt 9) erfolgte.

Herr Lindner erfragt, ob die nun reduzierten Pachteinnahmen auf dem Maritimen Industrie- und Gewerbepark Volkswerft die Hansestadt Stralsund in finanzielle Schwierigkeiten bringt. Herr Dr. Raith erläutert, dass die Haushaltsplanungen im Herbst 2024 stattfanden und zum damaligen Zeitpunkt die Prognosen anders waren, als am heutigen Tag. Er teilt ferner mit, dass eine Umstrukturierung erfolgte und intern ein Vergabestopp verfügt wurde. Das Bestreben ist, dass Ausgaben reduziert werden. Herr Kellotat ergänzt, dass das „Worst Case Szenario“ eingestellt wurde. Jede zukünftige Verpachtung trägt dazu bei, dass diese Zahlen sich besser entwickeln als jetzt dargestellt.

Herr Schilke möchte wissen, wie hoch die monatlichen Aufwendungen des Maritimen Industrie- und Gewerbeparks sind. Laut Herrn Dr. Raith erfolgt aktuell ein Kassensturz. Die Haushaltsbearbeiter/innen arbeiten aktuell mit Hochdruck an der Übersicht.

Herr Rybka merkt an, dass sich das bereits negative Jahresergebnis um weitere ca. 3 Mio. EUR erhöht. Laut Herrn Kellotat ist dies nicht zufriedenstellend. Die Umstände erfordern dies jedoch aktuell.

Auf Nachfrage von Herrn Lindner, hinsichtlich des Punktes 8, führt Herr Kellotat aus, dass die Reduzierung mit der Grundsteuerreform zusammenhängt.

Hinsichtlich des Punktes 10 teilt Herr Kellotat auf Nachfrage von Herrn Lindner mit, dass es sich bei dem Rüstwagen um ein Feuerwehrfahrzeug handelt.

Herr Schilke möchte wissen, ob durch das höhere Defizit es zu Problemen mit dem Land M-V kommen kann. Herr Kellotat geht davon aus, dass die Hansestadt Stralsund Auflagen erhalten wird. Weiterhin werden die Maßnahmen auf Notwendigkeit und Wirtschaftlichkeit hinterfragt werden. Er verweist auf die Pressemitteilung des Städte- und Gemeindetags, welche auf den Handlungsbedarf des Landes hinsichtlich der Finanzausstattung der Kommunen aufmerksam macht.

Herr Rybka erachtet die Erhebung von separaten Hebesätzen für private und gewerbliche Grundstücke als sinnvoller als den jetzigen Einheitssatz. Er bittet die Verwaltung dahingehend mit dem Land M-V ins Gespräch zu kommen.

Laut Herrn Kellotat hat das Land M-V einer Evaluierung bereits zugesagt. Es möchte allerdings u.a. aktuell laufende Gerichts- und Einspruchsverfahren abwarten. Das Land M-V erachtet eine Bewertung zum jetzigen Zeitpunkt als zu früh.

Die Ausschussmitglieder haben keine weiteren Fragen zur Beschlussvorlage.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

**Der Ausschuss für Finanzen und Vergabe empfiehlt der Bürgerschaft, die Vorlage B 0024/2025 gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.**

Abstimmung:            7 Zustimmungen      0 Gegenstimmen      2 Stimmenthaltungen

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Madlen Zicker

Stralsund, 21.07.2025